

Der Verlauf des Streiks. — Aufhebung der Pressefreiheit und Monopolisierung der öffentlichen Meinung durch die Sozialdemokratie. — Streikbrecher!

Am Freitag nachmittag erschienen die letzten Ausgaben der Wiener Blätter. Die Vertrauensmänner des Zeitungspersonals, dessen Organisationen sich vom Ausstände, um Konflikten aus dem Wege zu gehen, nicht ausschließen mochten, gaben die Versicherung ab, daß bis zur Beendigung des Ausstandes sämtlichen Wiener Zeitungsdruckereien gearbeitet werden und somit kein Wiener Blatt während dieser Zeit erscheinen würde. In der Tat wurde diese Zusage auch loyal eingehalten, nur die sozialdemokratische Parteidruckerei „Vorwärts“, in welcher die „Arb.-Ztg.“ und die sonstigen sozialdemokratischen Pressezeugnisse gedruckt werden, kümmerte sich nicht um die von der Organisation und ihren Vertrauensmännern gegebene Zusage und ließ am Samstag und Sonntag unter dem Titel „Mitteilungen“ je eine Zeitung in 800.000 Exemplaren erscheinen. Als Herausgeber und verantwortlicher Redakteur zeichnete der sozialdemokratische Abgeordnete Ferdinand Skaret, u. zw. ausdrücklich als Bevollmächtigter für den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Alle, die an der Herausgabe, an der Redaktion, an der Herstellung, am Satz, am Druck und an der Expedition der „Mitteilungen“ mitgewirkt haben, trifft somit der Vorwurf des Streikbruchs und der geschäftlichen Ausschüttung einer mit schweren Opfern der übrigen Arbeiterschaft herbeigeführten Konjunktur. Der sozialdemokratische Parteivorstand, bezw. in seinem Auftrage Abg. Skaret, haben sich nicht nur gegenüber den übrigen Zeitungsdruckereien und Verlagen, sondern gegenüber der Organisation der Setzer und Drucker und deren Vertrauensmännern einer groben Loyalitätsschuld gemacht.

Aber der sozialdemokratische Parteivorstand hat mit seinem Verhalten noch etwas anderes dargetan: Er hat gezeigt, was er unter „Pressefreiheit“ versteht: Gewaltsame Knebelung der öffentlichen Meinung, Mundtotmachung aller Nichtsozialdemokraten und Monopolisierung des ganzen Pressewesens, der Berichterstattung, der Meinungsäußerung durch ein sozialdemokratisches Parteiunternehmen. Die staatliche Zensur, über die sich sonst die Sozialdemokratie so zu ereifern pflegt, ist neben dieser sozialdemokratischen Gewalttätigkeit der reinste Waisenknaube.

Daß die Regierung diese Monopolisierung der öffentlichen Meinung durch eine einzige Partei, und zwar durch eine, die eben durch die Veranstaltung eines Massenausstandes die Bedenklichkeit ihrer Tendenzen nachwies, zuließ, gehört auf ein anderes Blatt. Entweder war sich die Regierung weder der Gefahr eines solchen Monopols für den Staat noch der Konsequenzen seiner Duldung, ja Anerkennung durch die Behörden bewußt oder aber sie hatte Gründe anzunehmen, daß die sozialdemokratischen Führer und Herausgeber der „Mitteilungen“ sich gegebenenfalls als Vertrauensmänner der Regierung, nicht der Ausständischen würden gebrauchen lassen.

Die christlichsoziale Arbeiterschaft hat, sobald sie von dem Streikbruche des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Parteidruckerei erfuhr, sofort entsprechende Abwehrmaßnahmen beschlossen und die Herausgabe eigener „Mitteilungen“ in stattlicher Auflagenhöhe veranlaßt, so daß das sozialdemokratische Monopol wenigstens von einer Seite durchbrochen wurde. Das Flugblatt der christlichsozialen Arbeiterschaft wurde überall, wohin es gelangte, von der Bevölkerung als ein Zeichen begrüßt, daß man noch durchaus nicht überall den sozialdemokratischen Terror als gegebene Tatsache nach dem Beispiele der schwachen Regierung widerspruchslos hinzunehmen gewillt ist.